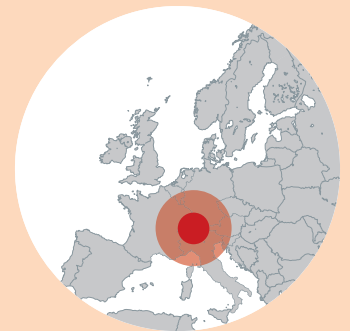


Die Karten werden neu gemischt

Die Parlamentswahlen haben in der Schweiz zu einer Machtverschiebung geführt. Dies hat Auswirkungen auf die Rentenreform. Was die Wirtschaft belastet, tut sich schwerer.



BERNHARD RAOS ZÜRICH

Mathematisch ist der Fall klar: Seit den Parlamentswahlen vom 18. Oktober verfügen die beiden bürgerlichen Parteien SVP und FDP in der großen Kammer des Schweizer Parlaments über eine knappe Mehrheit. Sie besetzen 101 von 200 Sitzen im Nationalrat. Gegen den Willen von SVP und FDP ist also künftig keine Politik zu machen.

Ein erster Test wird die Rentenreform „Altersvorsorge 2020“ sein, mit der sich der Nationalrat im nächsten Frühjahr befasst. Der Ständerat, die kleine Kammer, hatte im Herbst vorgespurt und ein Paket geschnürt, das die vorgesehene Senkung des Rentenumwandlungssatzes der beruflichen Vorsorge von 6,8 auf 6 Prozent ohne Leistungseinbußen für die Renten insgesamt auffangen soll.

Der Gesetzesentwurf hat in dieser Form im bürgerlicheren Nationalrat kaum Chancen. Darum geht es: Der Ständerat will die AHV, die umlagenfinanzierte erste Säule der Altersvorsorge, um monatlich 70 Franken für alle Neurentner erhöhen. Das kostet jährlich rund 1,4 Milliarden Franken und müsste hälftig durch höhere Lohnprozente von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert werden. Mit diesem Zückerchen möchte man die Linke besänftigen und verhindern, dass die Rentenreform vom Stimmbürger gestoppt wird. Die Wirtschaftsverbände haben bereits Widerstand angekündigt.

Die Frage ist, ob sich die Schweiz, eine teurere AHV leisten kann und will. Dass die Rentensysteme der meisten anderen Industrienationen in viel schlechterem

Zustand sind, gilt bei den solventen Eidgenossen nicht als Argument. 2014 hat die AHV-Rechnung erstmals seit Jahren mit einem Defizit von 320 Millionen Franken abgeschlossen. Weil nun immer mehr Babyboomer in Rente gehen, erwarten die Experten des Bundes ab 2030 ein jährliches Defizit von bis zu 9 Milliarden Franken. Der Reservepotopf der AHV, der Ende 2014 noch mit 45 Milliarden gefüllt war, leert sich also rasch. Dann belastet der Fehlbetrag die Staatsrechnung direkt. Zumal die zusätzlichen 1,4 Milliarden Franken für die AHV aus Sicht der liberalen Denkfabrik Avenir Suisse als Kompensation für eine tiefere Rente aus der zweiten Säule nicht taugen: Der Gesetzesentwurf des Ständerats sieht nämlich eine Übergangslösung bis 2033 vor. Wer heute 47 Jahre oder älter sei, dessen Rente werde sowieso noch von allen aktiven Arbeitnehmern querfinanziert. Die angestrebte Erhöhung der AHV gelte aber nicht erst ab 2033, sondern bereits ab Inkrafttreten der Reform. Wieso also die AHV erhöhen, wenn es keiner Kompensation bedarf, fragt Avenir Suisse zu Recht.

Letztlich wird auch die Schweiz nicht darum herumkommen, ihre Altersvorsorge an die demografischen Realitäten anzupassen. Sprich, länger als bis 65 zu arbeiten oder tiefere Renten zu akzeptieren. Nach einer aktuellen Umfrage findet eine Erhöhung des Rentenreferenzalters deutlich mehr Zustimmung als unter der alten Zusammensetzung. Die Karten in Sachen „Altersvorsorge 2020“ werden neu gemischt. ●

FT QUOTE

“Swiss pension schemes are pushing into the mortgage market, according a study by the Zurich University of Applied Sciences, in an attempt to counter the sudden strengthening of the franc in January and negative government bond yields.”

MADISON MARRIAGE
FTfm